

4 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Lehrlingsparlaments XXVIII. GP

Bericht des Ausschusses des Lehrlingsparlaments

über die Gesetzesvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird (Medienbildung in der Berufsschule-Gesetz)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Grundlagen für den Unterricht in den Berufsschulen neu geregelt werden. An erster Stelle soll jetzt der Pflichtgegenstand Medienkompetenz, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz stehen. Dafür sollte der bisherige Pflichtgegenstand Berufsbezogene Fremdsprache entfallen. Aufgrund der Bedeutung von Medienkompetenz, Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz für alle Bereiche des Berufslebens sollten für dieses Fach mindestens ein Viertel aller Unterrichtsstunden in den Berufsschulen vorgesehen werden.

Der Ausschuss des Lehrlingsparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 28. April 2026 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung führten alle Klubs aus, dass Kenntnisse in Medienkompetenz, Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz immer wichtiger werden. Dennoch betonten sie das Erfordernis von Englisch für den Berufsalltag und die Beibehaltung als Pflichtgegenstand. Diskutiert wurde auch, ob Medienkompetenz, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz ein eigenes Fach sein soll oder ob es in die bestehenden Fächer integriert werden könnte. Die Klubs tendierten jedoch dazu, dass es als zusätzliches Fach ergänzt werden soll, das von Expertinnen und Experten in dem Bereich unterrichtet werden soll.

Im zweiten Teil der Sitzung brachten die Abgeordneten Daniel **Suleman**, Juliette **Pomykala**, Simon **Tengg** und Helene Marie **Prückl** einen Abänderungsantrag ein. Dieser beinhaltete im Wesentlichen die Beibehaltung des Fachs Berufsbezogene Fremdsprache sowie die Vorgabe, dass in der ersten Klasse der Berufsschule eine Grundbildung und in den Folgejahren eine berufsbezogene Vertiefung im Gegenstand Medienkompetenz, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz stattfinden müssen. Grundbildung und Vertiefung müssen zudem 10% der Gesamtstundenzahl umfassen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Helene Marie **Prückl**, Fabian **Pollak**, Daniel **Suleman**, Christian **Wiesenreiter**, Juliette **Pomykala**, Daniel **Waldauf**, Shirin **Peyer**, Sara **Masiór-Huremović**, Simon **Tengg** und die Ausschussobfrau Mag.^a Laura **Käfer**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig beschlossen.

Zur Berichterstatterin für das Lehrlingsparlament wurde Abgeordnete Shirin **Peyer** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Lehrlingsparlaments somit den **Antrag**, das Lehrlingsparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2026 04 28

Shirin Peyer
Berichterstatterin

Mag.^a Laura Käfer
Obfrau